



Aktueller Begriff

Die Republik Südsudan in der Krise

Am 15. Dezember 2013 begann in der seit dem 9. Juli 2011 unabhängigen Republik Südsudan ein folgenreicher **interner bewaffneter Konflikt**. In dieser Auseinandersetzung, die in der Hauptstadt Juba mit Feindseligkeiten innerhalb der südsudanesischen Streitkräfte (SPLA) zwischen Angehörigen der Dinka und der Nuer, der beiden größten Ethnien Südsudans, ihren Ausgang nahm, sind nach Angaben der Vereinten Nationen (VN) bisher etwa **10.000 Menschen getötet** worden. Über **430.000 Binnenflüchtlinge** stellen die Hilfsorganisationen vor Ort vor enorme Herausforderungen. Nahezu **75.000 Flüchtlinge** sind bereits ins benachbarte Ausland geflohen. Zur Stabilisierung des Landes hat der VN-Sicherheitsrat am 24. Dezember 2013 eine Aufstockung seiner Mission im Südsudan (UNMISS) auf 12.500 Soldaten und Polizisten beschlossen (S/Res/2132(2013)). Darüber hinaus drängt die internationale Gemeinschaft seit Ausbruch der Feindseligkeiten auf eine friedliche Lösung dieses Konfliktes und hatte hierbei insoweit Erfolg, als die Konfliktparteien Friedensverhandlungen unter Vermittlung der ostafrikanischen Regionalorganisation IGAD (Inter-Governmental Authority on Development) zustimmten. Die am 6. Januar 2014 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba aufgenommenen Verhandlungen sind allerdings bis jetzt ergebnislos geblieben.

Die Ursachen für die bewaffnete Auseinandersetzung sind vielschichtig. Zunächst erweckte der Konflikt den Verdacht, er sei ethnisch motiviert. Wissenschaftliche Analysen der traditionellen **Stammeskonflikte** Südsudans zeigen aber, dass dies nicht der Fall ist. Denn in den herkömmlichen, im allgemeinen lokal beschränkten Auseinandersetzungen zwischen Stammesmilizen (nicht SPLA-Angehörigen) geht es im Wesentlichen um Vieh und Weideland, aber nicht um politische Interessen. Obwohl die Stammeskonflikte aufgrund der großen **Verbreitung von Handfeuerwaffen und Leichtgeschützen** (SALW) – bisherige Entwaffnungsprogramme blieben weitgehend wirkungslos – inzwischen deutlich mehr Menschenleben als in der Vergangenheit kosten (bspw. über 1.000 Tote bei Kämpfen im Bundesstaat Jonglei zum Jahreswechsel 2011/2012), sind die betroffenen Stämme grundsätzlich immer noch in der Lage, ihre Konflikte durch Verhandlungen und traditionelle Versöhnungsrituale beizulegen.

Im Gegensatz zu diesen traditionellen Stammeskämpfen stellt der aktuelle Konflikt, in dem sich der Präsident Südsudans, **Salva Kiir Mayardit**, und sein ehemaliger Vizepräsident, **Riek Machar Teny Dhurgon**, als verfeindete Gegner gegenüberstehen, nach Auffassung von Beobachtern einen politischen Machtkampf dar: Kiir, einem Dinka, gehe es darum, seine Macht zu erhalten und die Machtentfaltung „gefährlicher“ Konkurrenten zu verhindern. Genau aus diesem Grund habe Kiir am 23. Juli 2013 Machar als Vizepräsidenten entlassen, nachdem dieser seine Kandidatur bei den Wahlen 2015 angekündigt hatte. Machar, einem Nuer, gehe es seinerseits zunächst um die Durchsetzung seiner Machtansprüche; das Abringen einer stärkeren Repräsentanz der Nuer in staatlichen Institutionen dürfte für ihn nur eine nachgeordnete Rolle spielen. In dieser Auseinandersetzung, in der sich die Kontrahenten gegenseitig vorwerfen, einen Krieg „entlang

einer ethnischen Trennungslinie zu provozieren“ (Haefliger), setzen beide jeweils auf **loyale SPLA-Verbände**, die nun – unter Beteiligung treuer Stammesmilizen – flächendeckend gegeneinander und um die Kontrolle der wirtschaftlich wichtigen Ölfelder kämpfen.

Somit dürften fehlende Kohäsion und mangelnde Disziplin innerhalb der Streitkräfte, die in schwachen Staaten ohne funktionierende Zivilgesellschaft grundsätzlich einen maßgeblichen Faktor für den nationalen Zusammenhalt darstellen, eine wesentliche Ursache dafür gewesen sein, dass sich dieser politische Machtkampf zu einem folgenreichen Konflikt entwickeln konnte, in dem inzwischen auch zahlreiche Zivilisten ihr Leben ließen. Für den **mangelnden Zusammenhalt innerhalb der SPLA** und für die fehlende Loyalität einzelner Verbände gegenüber der Regierung gibt es zwei wesentliche Gründe: Erstens wird im Südsudan nicht der Staat, sondern unverändert nur die eigene **Volksgruppe** als **identitätsstiftend** wahrgenommen. Zweitens führten in der jüngsten Vergangenheit Soldkürzungen oder gar -ausfälle sowie insbesondere Fehlentscheidungen der Regierung bezüglich der Integration von Rebellen in die personell ohnehin zu starke SPLA zu einem weiteren Kohäsionsverlust. Denn statt die Rebellen in bestehende Verbände einzugliedern, wurden aus den Rebellengruppen eigene SPLA-Verbände aufgestellt und den ehemaligen Rebellenführern unterstellt. Obwohl diesen Warlords zwar hohe Dienstgrade verliehen wurden, verfolgten sie dennoch häufig ihre eigene Agenda weiter: Desertationen ganzer Verbände blieben daher auf der Tagesordnung, mit der Folge weiterer Gewalt.

In dem Konflikt haben sich **Äthiopien, Kenia und Uganda** auf die Seite der südsudanesischen Regierung gestellt. Aus wirtschaftlichen Gründen und aus Angst vor einem „Flächenbrand“ – sie sind die am stärksten vom Flüchtlingsstrom betroffenen Länder – unterstützen sie Präsident Kiir politisch und militärisch (Uganda). Was die **Republik Sudan** angeht, vertreten einige Kenner des Landes die Auffassung, dass der ehemalige Vizepräsident Machar, der ohne finanzielle und materielle Unterstützung seine Pläne nicht umsetzen kann, vom Sudan unterstützt werde. Bereits im langen sudanesischen Bürgerkrieg, der schließlich zur Unabhängigkeit Südsudans führte, war Machar zeitweise ein direkter Verbündeter der Regierung in Khartum gewesen. Zudem ist das Verhältnis Südsudans zum Sudan seit der Sezession aufgrund einer großen Zahl ungelöster Probleme (Verlauf der sudanesisch-südsudanesischen Grenze, künftiger Status des Gebietes Abyei, etc.) sehr angespannt. Andere Analysten vertreten den Standpunkt, dass Sudan an einem stabilen Südsudan und insbesondere an intakten Ölfeldern interessiert sei und daher in diesem Konflikt mit Kiir zusammenarbeite. Die direkten Gespräche zwischen dem sudanesischen Präsidenten, Umar al-Bashir, und Kiir am 6. Januar 2014 in Juba, in denen es im Schwerpunkt um die Aufrechterhaltung der südsudanesischen Ölproduktion ging, scheint diese Auffassung zu bestätigen.

Eine Einigung der Konfliktparteien über einen Waffenstillstand zeichnet sich gegenwärtig nicht ab, da die Regierungsseite nicht bereit ist, Forderungen der Regierungsgegner, u.a. bezüglich der Freilassung politischer Gefangener, zu erfüllen. Damit wächst im Südsudan die Gefahr eines Zusammenbruchs (noch) bestehender staatlicher Strukturen und einer weiteren Zuspitzung der humanitären Situation. Für den ostafrikanischen Raum insgesamt könnte eine Fortsetzung des Konflikts eine Zäsur der gegenwärtig positiven wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten.

Quellen:

- Haefliger, Markus M. (2014): Der Funken und das Pulverfass – Wie im Südsudan eine politische Machtintrige im Handumdrehen zu einem Stammeskonflikt ausartete. Neue Zürcher Zeitung vom 9. Januar 2014, S. 17.
- Lacher, Wolfram (2011): Staatsaufbau im Südsudan – Rahmenbedingungen, Erfolgsaussichten und Grenzen internationalen Statebuildings. SWP Studie S19, August 2011, Berlin.
- Scheen, Thomas (2014): Kämpfe um Ölfelder im Südsudan – Bürgerkrieg konzentriert sich auf Malakal / Uganda schickt weitere Soldaten. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 2014, S. 6.